

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Rates der Stadt Kalkar am

10. April 2014

Auf Einladung des Bürgermeisters Fonck sind die nachstehend Genannten um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses versammelt:

Der Bürgermeister: Fonck (CDU)

Die Ratsmitglieder: Aymans, Dr. Bergmann, Giesen, Ralf Janßen,
Regina Janßen, Kaldenhoven, Kohl,
Kösters, Leusch, Naß, Rottmann,
Sakowski, Wolters (CDU);

Bienemann, Fröhlke, Gollenia, Kipper,
Reinkens, van de Löcht (SPD);

Hamann, Wenten, Wienemann (FBK);

Schopen, Verhalen (GRÜNE);

Fleck, Gulan, Meurs-Gulan (FDP);

van de Sand (fraktionslos)

Von der Verwaltung: Stadtoberbaurat Sundermann
Stadtverwaltungsrat Jaspers
Stadtangestellter Stechling
Stadtangestellter Münzner

Entschuldigt fehlen: RM Boßmann, RM Märker,
RM Reumer (CDU);
RM Kunisch (GRÜNE)

Der Schriftführer: Stadtamtsrat Angenendt

Bürgermeister Fonck eröffnet die Sitzung und stellt den form- und fristgerechten Eingang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 04.04.2014 gemäß der Hauptsatzung öffentlich bekanntgemacht.

BM Fonck weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt „Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre im Stadtteil Kalkar-Neulouisendorf für den Bereich Pfalzdorfer Plateau mit Sander und Stauchendmoräne der Gemarkung Neulouisendorf - gem. §§ 14, 16 und 17 BauGB (DS-Nr. 9/513), hier: Satzungsbeschluss“ - neuer Tagesordnungspunkt 9. - erweitert wurde.

Hiergegen erheben sich keine Einwände seitens des Rates.

Die Reihenfolge der weiteren Tagesordnungspunkte ändert sich dadurch entsprechend.

Der Rat der Stadt der Stadt berät sodann folgende

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragen
2. Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Stadt Kalkar mit Vorstellung des Prüfungsberichtes durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Entlastung des Bürgermeisters (DS-Nr. 9/499)
3. Erstellung eines Beteiligungsberichtes für das Jahr 2010 nach Maßgabe der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) (DS-Nr. 9/511)
hier: Kenntnisnahme durch den Rat der Stadt
4. Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011 gemäß § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NRW - (DS-Nr. 9/514)
5. Förderung des Erwerbs von Altbauten im Stadtteil Kalkar-Grieth (DS-Nr. 9/509)
hier: Beschluss der Richtlinie zum Förderprogramm „Jung kauft Alt“
6. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 066 – Dammweg/Talstraße – (DS-Nr. 9/505)
hier: - Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
7. Bebauungsplan Nr. 078 – Freizeitpark Wunderland Kalkar/Erweiterung – (DS-Nr. 9/506)
hier: - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 30. August 2007
- Neufassung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
8. Bebauungsplan Nr. 092 - Anbindung Xantener Straße Kreisverkehr B 57/L 41 - (DS-Nr. 9/507)
hier: - Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
9. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre im Stadtteil Kalkar-Neulouisendorf für den Bereich Pfalzdorfer Plateau mit Sander und Stauchendmoräne der Gemarkung Neulouisendorf – gem. §§ 14, 16 und 17 BauGB (DS-Nr. 9/513)
hier: Satzungsbeschluss
10. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung
11. Mitteilungen
12. Einwohnerfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

13. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung
14. Mitteilungen

- - - - -

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragen

Es ergehen keine Wortmeldungen.

2. Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Stadt Kalkar mit Vorstellung des Prüfungsberichtes durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Entlastung des Bürgermeisters (DS-Nr. 9/499)

Der stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, RM Biemann, berichtet, dass der Fachausschuss mehrheitlich mit sechs Stimmen bei einer Gegenstimme beschlossen hat:

- a) Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat, den geprüften Jahresabschluss 2010 mit dem Lagebericht festzustellen. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 239.179,15 € wird aus der Ausgleichsrücklage entnommen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss tritt dem Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner GmbH gemäß dem Jahresabschlussbericht 2010 bei.

- b) Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, dem Bürgermeister für das Jahr 2010 die vorbehaltlose Entlastung zu erteilen.

In der sich anschließenden Aussprache wird von den Ratsmitgliedern van de Sand und Dr. Bergmann ausführlich und kontrovers über die Entwicklung der städtischen Haushaltssituation, die Gründe für das in der Vergangenheit entstandene Defizit sowie über Möglichkeiten, Vorschläge und bereits ergriffene Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation diskutiert.

Im Verlauf der Diskussion weist BM Fonck den Vorwurf des RM van de Sand zurück, dass ihm in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses nicht die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben wurde, obwohl er von dem beratenen Verhandlungsgegenstand direkt betroffen war. In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses, an der er - RM van de Sand - als Zuhörer teilgenommen habe, sei beantragt worden, ihm Rederecht einzuräumen; dieser Antrag sei aber mehrheitlich abgelehnt worden.

Der stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, RM Biemann, verweist darauf, dass die bis jetzt geführte Diskussion nicht Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes ist; er bittet nunmehr zur Abstimmung zu kommen.

Aufgrund der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.03.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen zu

- a) Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss 2010 mit dem Lagebericht wird festgestellt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 239.179,15 € wird aus der Ausgleichsrücklage entnommen.

BM Fonck nimmt an der weiteren Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Die zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Kipper übernimmt die Sitzungsleitung.

Aufgrund der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.03.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig bei zwei Enthaltungen zu

b) Dem Bürgermeister wird für das Jahr 2010 die vorbehaltlose Entlastung erteilt.

BM Fonck übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

3. Erstellung eines Beteiligungsberichtes für das Jahr 2010 nach Maßgabe der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) (DS-Nr. 9/511)
hier: Kenntnisnahme durch den Rat der Stadt

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.04.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Der Beteiligungsbericht wird in der Fassung der Anlage zur Drucksache zur Kenntnis genommen.

4. Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011 gemäß § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NRW - (DS-Nr. 9/514)

Nach Erläuterungen durch den Kämmerer, Stadtverwaltungsrat Jaspers, werden der Entwurf des Jahresabschlusses 2011 nebst Anhang sowie der Lagebericht vom Rat der Stadt zur Kenntnis genommen und zwecks Prüfung gemäß § 101 GO NRW an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Die Rede des Kämmerers ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

5. Förderung des Erwerbs von Altbauten im Stadtteil Kalkar-Grieth (DS-Nr. 9/509)
hier: Beschluss der Richtlinie zum Förderprogramm „Jung kauft Alt“

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.04.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die Richtlinie zur Förderung des Erwerbes von Altbauten im Stadtteil Kalkar-Grieth (Förderprogramm „Jung kauft Alt“) wird beschlossen.

Die Umsetzung des Förderprogramms ist durch die Verwaltung der Stadt Kalkar vorzunehmen.

6. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 066 – Dammweg/Talstraße – (DS-Nr. 9/505)
hier: - Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 03.04.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Zu den Anregungen wird, wie in der Anlage 2 zur Drucksache dargestellt, Stellung genommen.

Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 066 - Dammweg/Talstraße - wird, wie in den Anlagen 3 a und 3 b zur Drucksache (geplante Änderung) dargestellt, beschlossen.

Ziel der Änderung ist die Aufhebung von Grünflächen- und Gewerbegebietsfestsetzung bei gleichzeitiger Neufestsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes im Rahmen der Innenentwicklung.

7. Bebauungsplan Nr. 078 – Freizeitpark Wunderland Kalkar/Erweiterung – (DS-Nr. 9/506)
hier: - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 30. August 2007
- Neufassung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

RM Rottmann nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 03.04.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 078 - Freizeitpark Wunderland Kalkar/Erweiterung - vom 30. August 2007 wird aufgehoben.

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 078 - Freizeitpark Wunderland Kalkar/Erweiterung - für die Flurstücke 140, 149, 159, 165, 166, 173 und 174, alle Flur 2, Gemarkung Wisselward neu gefasst.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB gefasst.

Ziel der Planung ist die Festsetzung eines „Sonstigen Sondergebietes“ mit der Zweckbestimmung „Freizeitpark Wunderland Kalkar/Erweiterung“ im Sinne des § 11 BauNVO zur räumlichen und funktionalen Erweiterung des bestehenden Freizeitparks Wunderland Kalkar.

8. Bebauungsplan Nr. 092 - Anbindung Xantener Straße Kreisverkehr B 57/L 41 - (DS-Nr. 9/507)
hier: - Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 03.04.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird der Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 092 - Anbindung Xantener Straße Kreisverkehr B 57/L 41 - gefasst.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB gefasst.

Ziel der Planung ist die Anbindung der Xantener Straße an den Kreisverkehr im Kreuzungsbereich der B 57/L 41.

9. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre im Stadtteil Kalkar-Neulouisendorf für den Bereich Pfalzdorfer Plateau mit Sander und Stauchendmoräne der Gemarkung Neulouisendorf – gem. §§ 14, 16 und 17 BauGB (DS-Nr. 9/513)
hier: Satzungsbeschluss

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 03.04.2014 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird der Beschluss über die Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre im Stadtteil Kalkar-Neulouisendorf, für den Bereich Pfalzdorfer Plateau mit Sander und Stauchendmoräne der Gemarkung Neulouisendorf - gemäß §§ 14, 16 und 17 BauGB entsprechend der Anlage zur Drucksache gefasst.

10. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung

10.1 RM Reinkens verweist darauf, dass die Städtebaufördermittel beim Förderschwerpunkt „Soziale Stadt“ aufgestockt wurden. Er fragt, ob die Verwaltung im Fachausschuss bzw. im Rat berichten kann, ob künftig eventuell Möglichkeiten zur Nutzung dieser Mittel im Hinblick auf den Stadtteil Altkalkar bestehen.

BM Fonck sagt dies zu.

10.2 Auf entsprechende Frage des RM Gulan sagt BM Fonck zu, einen Vertreter der NIAG zu einer Sitzung des Schul-, Jugend- und Sportausschusses einzuladen und im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zum Thema Schülerbeförderungskosten anzuhören, insbesondere wie sich diese Kosten aufschlüsseln. Falls erforderlich, erfolge anschließend eine weitere Beratung im Haupt- und Finanzausschuss.

10.3 RM van de Sand fragt, wie es möglich ist, dass durch Wegfall einzelner Fahrten auf der Buslinie 76 nach Angaben der NIAG lediglich ca. 5.000,00 € eingespart werden, während sie in 2007 für dieselbe Leistung 20.000,00 € als Kosten zugrunde gelegt hat.

BM Fonck antwortet, dass die Verwaltung in der letzten Ratssitzung bereits den sehr umfangreichen Fragenkatalog des RM van de Sand zu diesem Thema ausführlich beantwortet hat. Auch seien die Schülerbeförderungskosten bereits Prüfungsgegenstand im Rechnungsprüfungsausschuss gewesen.

Die ergänzende Frage des RM Reinkens, ob diese Frage dem Vertreter der NIAG in der zuvor angesprochenen Sitzung des Schul-, Jugend- und Sportausschusses gestellt werden kann, wird vom Bürgermeister bejaht, wobei er darauf verweist, dass RM van de Sand dann jedoch dem Rat der Stadt nicht mehr als Ratsmitglied angehört und daher auch nicht mehr in dieser Funktion an nichtöffentlichen Ausschusssitzungen teilnehmen kann.

10.4 RM van de Sand verweist auf Presseberichte, wonach die CDU Kalkar in Bezug auf eine Belebung der Monrestraße aktiv ist und fragt, ob der Verwaltung diesbezüglich bereits konkrete Ergebnisse vorliegen oder bekannt sind.

BM Fonck gibt diese Frage an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, RM Dr. Bergmann, weiter.

RM Dr. Bergmann erklärt, dass intensive Gespräche mit den Immobilieneigentümern geführt wurden und Kontakte mit Interessenten vermittelt werden konnten. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, werde hierüber berichtet werden. Vorher werde man jedoch nicht an die Öffentlichkeit gehen.

11. Mitteilungen

Es ergehen keine Wortmeldungen.

12. Einwohnerfragen

Es ergehen keine Wortmeldungen.

Nach Abschluss des öffentlichen Teils der Ratssitzung bedankt sich BM Fonck bei allen Ratsmitgliedern für ihre Arbeit im Rat und in den städtischen Gremien und für ihren Einsatz zum Wohle der Stadt und der hier lebenden Menschen während der nun zu Ende gehenden Ratsperiode.

Er gibt bekannt, dass am 17. Juni 2014 die konstituierende Sitzung des neu gewählten Rates stattfindet. In dieser Sitzung werden auch die Ratsvertreter, die dem neuen Rat nicht mehr angehören werden oder die im Laufe der vergangenen Ratsperiode ausgeschieden sind, verabschiedet.

Am 25. Juni 2014 findet dann eine weitere Ratssitzung statt.

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Der Bürgermeister: Die 2. stellv. Bürgermeisterin
(zu TOP 2.)

Der Schriftführer:

Fonck

Kipper

Angenendt